

657. Sitzung des erweiterten Präsidiums am 11. März 2014

Stellungnahme des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes zur Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz

Ländliche Räume brauchen mehr Unterstützung

Bestehende GAK-Förderung muss deutlich aufgestockt werden

Der Deutsche Bauernverband unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, sich angesichts des demografischen Wandels den zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen im ländlichen Raum zu stellen. Mehr als jeder zweite Bundesbürger lebt im ländlichen Raum. Land- und Forstwirtschaft sind die Wirtschaftsbereiche, die den ländlichen Raum prägen. Bei der Weiterentwicklung der Förderpolitiken muss deshalb eine starke wettbewerbsorientierte Agrarstrukturförderung erhalten bleiben. Zu einer umfassenden Daseinsvorsorge gehört auch und insbesondere eine flächendeckende Versorgung des ländlichen Raumes mit schnellem Internet.

Der Deutsche Bauernverband steht der in der Koalitionsvereinbarung beabsichtigten Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu einer „Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ allerdings kritisch gegenüber. Ausgehend von der Tatsache, dass die GAK bereits heute unterfinanziert ist, wären diese Mittel angesichts der großen Herausforderungen im ländlichen Raum nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Eine hinreichende Breitbandversorgung oder die Sicherstellung der gesetzlich verankerten Daseinsvorsorge erfordern Milliardenbeträge und können mit den derzeitigen bescheidenen GAK-Mitteln auch nicht ansatzweise gemeistert werden.

Der DBV wiederholt seine Forderung vom Deutschen Bauerntag 2013, die GAK-Bundemittel für die bestehenden Maßnahmen um 200 Millionen Euro auf mindestens 800 Millionen Euro aufzustocken und damit die landwirtschaftliche Investitionsförderung wieder zu einer Wirtschafts- und Innovationsförderung zu machen, den ländlichen Wegebau zu unterstützen und Grundelemente der Breitbandförderung auszubauen.

In der Diskussion um die notwendige Förderung des ländlichen Raums müssen die Belange der Agrar-, Forst- und Ernährungswirtschaft als wichtigster Wirtschaftsbereich besonders berücksichtigt werden. Ferner sind bestehende GAK-Infrastrukturmaßnahmen wie die Dorferneuerung, das Regionalmanagement oder die Förderung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte genauso einzubeziehen wie die Gewerbeförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ oder die Städtebauförderung.

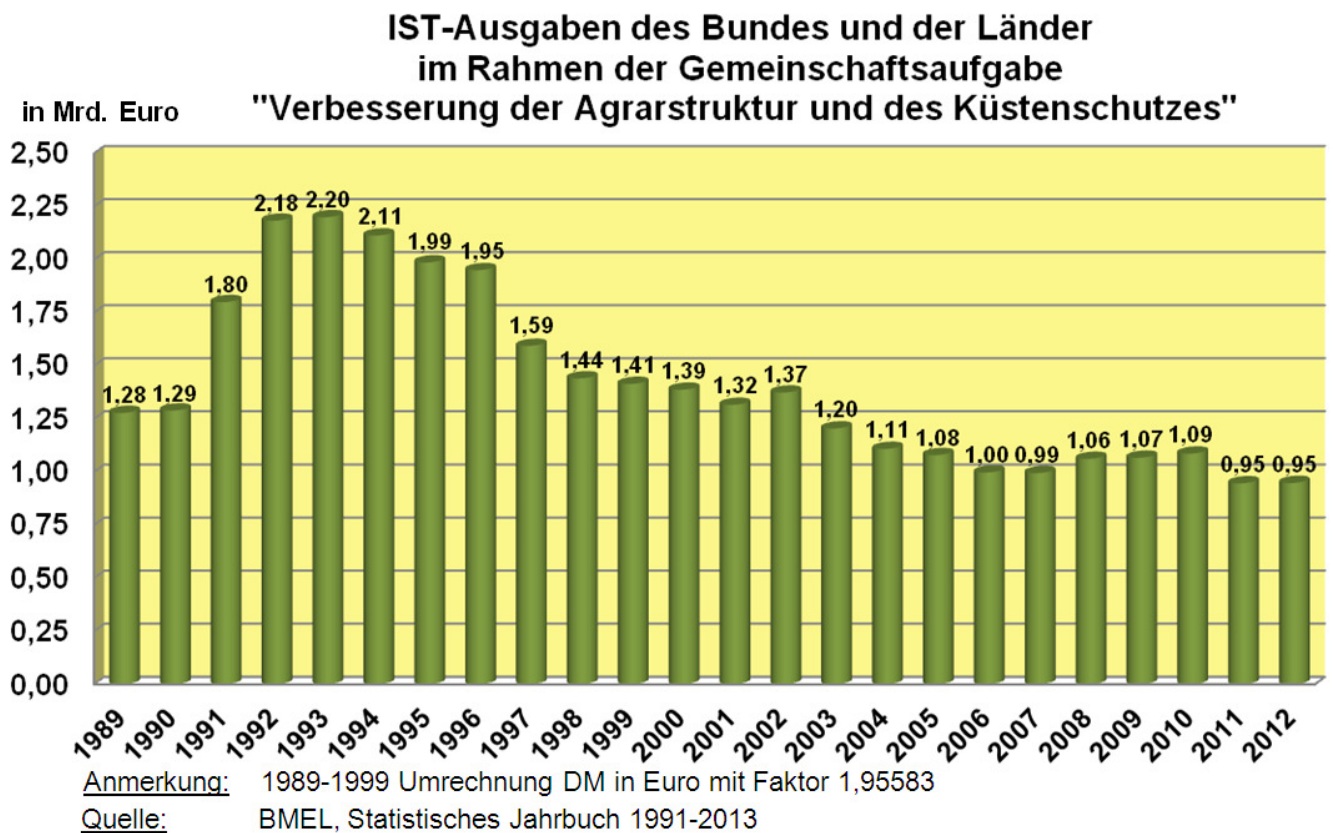
Zu den erforderlichen Voraussetzungen gehört neben einer fundierten Bestandsaufnahme eine ressortübergreifende und koordinierende Federführung durch das BMEL. Der Deutsche Bauernverband erneuert seine Forderung, dies mit der Einrichtung eines „Beauftragten der Bundesregierung für den ländlichen Raum“ zu flankieren und zu begleiten.

Anlage:

Übersicht 1

Übersicht 2

Übersicht 1:



Übersicht 2:

Fördermittel des Bundes mit regionalpolitischer Wirkung 2004-2010

